

Juni 2007

Votum: Stimmrecht 16

Herr Ratspräsident, Liebe Kolleginnen, Liebe Kollegen

Sehr gerne sage ich noch einmal ein paar Worte.

Noch einmal zur Wiederholung: Im November habe ich als Reaktion auf eine aktuelle Studie zur ungenügenden politischen Bildung vier Vorstösse eingereicht. Bei einem geht es als logische Folge einer verbesserten politischen Bildung um die Senkung des aktiven Stimmrechtsalters. Das Stimmrechtsalter gerade bei 16 anzusetzen ist deshalb äusserst legitim. Mit dem aktiven Stimmrechtsalter 16 würde die Lücke zwischen der Theorie in der Volksschule und der Praxis im politischen Alltag ab 18 Jahren geschlossen

Ein Hauptargument der Gegnerschaft, wie wir es auch bei SVP-Grossrat Blank hören konnten, ist immer wieder, dass Jugendliche in diesem Alter mit anderen Themen wie Schule, Lehrstellensuche oder Freizeitaktivitäten beschäftigt sind und deshalb gar kein Interesse an politischer Mitwirkung zeigen. Sie wollten das Stimmrecht nicht. Das ist meines Erachtens ein Argument, das man so nicht gelten lassen kann: Schon bei der **Einführung des Frauenstimmrechts** haben die Gegner genau gleich argumentiert: Frauen seien mit dem Erledigen des Haushaltes und dem Erziehen der Kinder schon genug ausgelastet, als dass sie sich noch mit politischen Themen auseinandersetzen wollen. Geschätzte Damen und Herren, das tönt heute nicht nur komisch, sondern dies würde wohl auch niemand mehr ernsthaft behaupten.

Die Jungen kennen sehr wohl Pflichten. Sie müssen beispielsweise die Steuererklärung ausfüllen und die Verdienenden zahlen im Kanton Bern bereits Steuern.

Ich kann es nicht genügend betonen: Es geht nur um das **aktive** Stimmrecht. Das das passive Stimmrecht bei 18 Jahren belassen wird, gibt es auch keinen Konflikt, dass politische und zivilrechtliche Mündigkeit nicht deckungsgleich sind. Die Kritikpunkte bezüglich der zivilrechtlichen Mündigkeit sind deshalb ebenfalls nicht nachvollziehbar.

Das Argument, dass wenn man schon das Stimmrechtsalter senke, auch die Fahrzeugprüfung mit 16 möglich sein müsste, ist nicht nachvollziehbar. Als ob die Gesellschaft und die Jugendlichen vor dem Stimm- und Wahlrecht gleichermassen geschützt werden müssten, wie vor den Gefahren auf der Strasse. Dasselbe gilt für alle Fragen des Jugendschutzes. Dort werden die Jungen vor etwas geschützt. Das Stimmen und Wählen ist doch nicht gefährlich, oder?

Wir können bei einer Annahme des aktiven Stimmrechts 16 nicht verlieren: Die Erfahrungen in Deutschland, wo bereits in diversen Bundesländern das Stimmrechtsalter auf kommunaler Ebene gesenkt wurde, zeigen, dass die Jugendlichen sich keineswegs politisch einseitig oder unverantwortlich ausdrücken. Die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren beteiligen sich dort sogar intensiver als die 18 bis 25 jährigen. Dies erstaunt wenig, wenn man erstens die konkreten Umsetzungsmöglichkeiten der Politischen Bildung bedenkt und wenn man zweitens die jugendpsychologischen Forschungen in Betracht zieht, die genau den 12 - 16 Jährigen ein ausgesprochen soziales und politisches Interesse zuordnen, das mit 18 Jahren durch eine eher individualistisch orientierte Phase abgelöst wird.

Durch Appelle und Sonntagsreden – meine Damen und Herren – ist die Jugend **nicht** für die Politik zu gewinnen. Wohl aber durch ein effektives Angebot zur Mitwirkung. Es braucht nicht nur schöne Worte, sondern Taten. Flavia Wasserfallen hat bereits ausgeführt: Schwimmen lernt man bekanntlich nur im Wasser. Dies gilt für die Erwachsenen genau so wie für die Jugendlichen. Man

erwirbt das Interesse an der Politik und die politische Urteilskompetenz nur, wenn man sich aktiv politisch betätigt und dazu auch aufgefordert wird.

Packen wir heute die Chance für eine jugendfreundlichere Politik im Kanon Bern. Helfen Sie bitte mit bei diesem positiven Zeichen an die Gesellschaft von Morgen. Merci.